

müsse man auch die wissenschaftlichen Befunde der belarussischen, ukrainischen und russischen Fachleute, die über bedeutende medizinische Folgen des Tschernobyl-Unfalls sprechen, ernsthaft zur Kenntnis nehmen.

Mikhail Malko: Erforschung der Tschernobyl-Katastrophe hat internationale Bedeutung; Zeit-Fragen 11, Zürich, 22.3.2004, S. 7. ●

Radarsoldaten

Wenig Geld für Strahlenopfer

Acht Monate nach den Empfehlungen der Radarkommission hat die Bundeswehr Mitte Februar 2004 fünf ehemaligen Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR Versorgungsleistungen in Höhe von rund 300 Euro monatlich bewilligt. Die Kommission hatte im Juli 2003 empfohlen, Bundeswehrsoldaten, die bis 1975 gedient haben, und NVA-Angehörige zu entschädigen, wenn sie mit Radartechnik Umgang hatten und später an Krebs, Leukämie oder grauem Star erkrankten. Andere Erkrankungen schloß die Kommission aus. Insgesamt haben rund 1.100 frühere Soldaten der NVA und 1.800 der Bundeswehr eine Versorgung beantragt. Für 237 Bundeswehrangehörige sind Zahlungen bereits bewilligt worden. Am 17. Februar 2004 dämpfte das Bundesverteidigungsministerium Erwartungen, daß nun auch die übrigen Antragsteller auf eine Zusatzrente hoffen können. Bei vielen Anträgen komme bereits aus rechtlichen Gründen eine Anerkennung nicht in Betracht, sagte eine Ministeriumssprecherin. Auch der Großteil der übrigen Anträge werde abgelehnt werden. Bei ihnen sei ein Zusammenhang zwischen der Erkrankung und der Arbeit an den Radargeräten auszuschließen. Schadensersatz lehnt die Bun-

deswehr weiterhin generell ab. Im März 2004 begann deshalb der erste Prozeß eines Bundeswehrsoldaten. Darüber hinaus läuft in den USA ein Sammelverfahren von 450 erkrankten früheren Bundeswehrsoldaten und weiteren 350 Opfern aus Dänemark, den Niederlanden und den USA gegen die US-Hersteller von Radargeräten. Die Geräte waren zum Teil bis zur Mitte der neunziger Jahre nicht ordnungsgemäß gegen die von ihnen nebenbei erzeugte Röntgenstrahlung abgeschirmt. Im Sommer 2001 hatte deshalb der damalige Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) eine großzügige und unbürokratische Hilfe versprochen. Stattdessen wurde jedoch die genannte Kommission eingesetzt. ●

Personalie

Michael Sailer ist weiterhin Vorsitzender der RSK

Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hat den Diplom-Ingenieur Michael Sailer jetzt für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden der Reaktorsicherheitskommission (RSK) bestellt. Sailer hat diese Position bereits seit März 2002 inne. Die RSK berät das Bundesumweltministerium ehrenamtlich in Fragen der wissenschaftlich-technischen Bewertung von Sicherheitsfragen bei Atomanlagen und in Fragen der Entsorgung. Trittin: „Die Reaktorsicherheitskommission spielt durch ihre qualifizierte Beratung eine entscheidende Rolle für die Aufrechterhaltung und Verbesserung der nuklearen Sicherheit in Deutschland. Ich danke der Kommission und ihrem Vorsitzenden ausdrücklich für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit.“ Michael

Sailer ist seit 1980 überwiegend als Gutachter und Sachverständiger im kerntechnischen Bereich tätig. Seit 1984 koordiniert er den Bereich Nukleartechnik und Anlagensicherheit im Öko-Institut und ist seit 1999 Mitglied in dessen Geschäftsführung. ●

Berlin, 7. bis 9. Mai 2004

IPPNW-Atomkongreß

Unter das Motto „Atomwaffen & Atomenergie in einer instabilen Welt – Analysen und Auswege“ hat die deutsche Sektion der internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) ihren Anti-Atomkongreß gestellt, zu dem sie – erstmals wieder seit 11 Jahren – vom 7. bis 9. Mai 2004 in die Räume der Berliner Urania einlädt. Mit ihrem Kongreß will sie über den aktuellen Stand und die Planungen zu Atomwaffen und Atomkraftwerken berichten und insbesondere über die Strukturen, Hintergründe, Mechanismen, Interessengruppen und Verflechtungen informieren, die eine atomare Abrüstung und einen tatsächlichen Ausstieg aus der Atomenergie verhindern. Darüber hinaus will die Ärzteorganisation Wege aufzeigen aus einer instabilen Welt, die immer mehr Menschen verunsichert, weil hinter der politischen Fassade die eigentlichen Akteure oft unsichtbar bleiben, wie es im Ankündigungstext heißt. Die Spielregeln der Macher in Ökonomie, Finanzwelt, Rüstung, Wissenschaft und Medien, die Profiteure und ihre Opfer sollen benannt werden.

Dazu haben die Veranstalter das Kongreßprogramm in 9 Foren gegliedert, die sich mit der rückkehrenden atomaren Bedrohung und dem Katastrophenschutz, der Atompolitik, den Atom- und Uranwaffen,

der Atom- und Energiewirtschaft, mit dem Atommüll, der Wiederaufarbeitung und den Gesundheitsfolgen befassen. Angekündigt sind Helen Caldicott, Edmund Lengfelder, Jackie Cabasso, Kaisa Kosonen, Ron McCoy, Michel Chossudovsky, Rainer Stephan, Reinhold Thiel, Henrik Paulitz, Wolfgang Ehmke, Wolfgang Liebert, Jan Haverkamp, Jochen Stay, Xanthe Hall, John Burroughs, Lydia Popova, Raimund Kamm, Alfred Körblein, Sebastian Pflugbeil, Susanne Ochse, Regina Hagen, Otfried Nasauer, Konstantin Wecker, Horst-Eberhard Richter, Eugen Drewermann, Chris Busby, Jenan Hassan, Helga Dieckmann, Andreas von Bülow, Eckart Spoo, Werner Neumann, Ursula und Michael Sladek, Hans-Peter Dürr, Jakob von Uexküll, Claus Biegert, Bernard Lown und Hermann Scheer.

Ausführliche Informationen, Anmeldung und Kontakt unter <http://www.atomkongress.de> oder IPPNW, Atomkongress, Körtr. 10, D-10967 Berlin. ●

Göttingen, 26.04.2004

Ist der Atomausstieg verpatzt?

Auf Initiative des „Vereins für Umwelt- und Konfliktforschung (VUK)“, der „Göttinger Wissenschaftler/innen für Frieden und Abrüstung“ und des „attac - AK Energie und Umwelt“ findet zum Tschernobyl-Gedenktag am 26. April 2004 um 20 Uhr im DGB-Haus Göttingen eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Hat Rot-Grün den Atomausstieg verpatzt? - das Ausstiegsgesetz als Laufzeitgarantie“. Referent ist Professor Dr. Rolf Bertram (TU Braunschweig). ●